

Grußwort anlässlich des Neujahrsempfanges des LTG 62 auf dem Fliegerhorst Wunstorf am Freitag, 12. Januar 2007, um 11.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Oberst Trautvetter, lieber Karl,
sehr geehrte Soldatinnen und Soldaten
sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fliegerhorstes,
sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Niedersächsischen Landtages,
sehr geehrte Frau stellv. Regionspräsidentin Walther,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Räten unserer Städte,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor einem Jahr waren wir alle froh, dass der damalige Kommodore unseres Geschwaders, Herr Oberst Jörg Lebert, gerade rechtzeitig zum Neujahrsempfang gesund von seinem Einsatz aus Termes zurück war. Ende Januar 2007 wird der Kommodore, Oberst Karl Trautvetter, für rd. 3 Monate in die Krisenregion abkommandiert. Je länger der Einsatz dort dauert, umso mehr stelle ich fest, dass er in der Öffentlichkeit allenfalls noch zur Kenntnis genommen wird. Routine hat sich breit gemacht, gefährliche Routine, da insbesondere der Einsatz weiterhin große Risiken mit sich zieht. Die am 3. Januar 2007 in der ARD gezeigte „Exklusiv“-Reportage „Heimkehr im Sarg – Familien trauern um Bundeswehrsoldaten“ – hat uns eindrucksvoll die Leiden der Hinterbliebenen vor Augen geführt. Es wurden dort die Familien gezeigt, deren Männer als Soldaten am 07.06.2003 bei einem heimtückischen Sprenganschlag in Kabul ihr Leben ließen.

Auch die Familie des Wunstorfer Soldaten Helmi Jimenez-Paradies wurde dort gezeigt. Bei mir hat das neue Betroffenheit ausgelöst. Ich wünsche dir, lieber Karl, für die nächsten Wochen und Monate alles Gute, vor allen Dingen – um in der Fliegersprache zu bleiben – Hals- und Beinbruch. Leider hat – wiederum viel zu früh – Oberst Lebert das Geschwader verlassen müssen, sein Nachfolger ist aber ein Glücksfall für die Stadt und für das Geschwader, da er bereits einige Jahre als stellvertretender Kommodore die Situation gut kennt und auch besten Kontakt zur Stadt Wunstorf hält. Kontinuität erscheint uns deshalb auch als sehr wichtig, da die Konsequenzen der Entscheidung, den Airbus 400 M hier in Wunstorf dauerhaft zu stationieren, nunmehr praktisch umgesetzt werden. Dies bedeutet, dass wir uns im Jahre 2007/2008 in der konkreten Planungsphase befinden, den Fliegerhorst entsprechend den Anforderungen auf das neue Fluggerät zu erweitern. Die Stadt Wunstorf ist in diesem Prozess gut einbezogen und verspricht hier nochmals öffentlich, alles zu tun, dass der ehrgeizige Zeitplan auch eingehalten wird. Wir möchten den Airbus 400 M hier auf dem Fliegerhorst starten und landen sehen und werden deshalb dieses Projekt mit ganzer Kraft unterstützen.

Wie immer sind die Schwierigkeiten im Detail mannigfaltig: So wurde mir auf einer der letzten Dezernentenrunden von meinem Baudirektor vorgetragen, dass man auf dem Fliegerhorst Wunstorf auf einen Erlenbruchwald – ein Biotop – gestoßen sei und eine Feldlerche gesichtet sein soll, die nunmehr entsprechend umgesiedelt werden müsse. Insbesondere die naturschutzrechtlichen Bestimmungen nehmen nicht nur für das Projekt Startbahnverlängerung, sondern insgesamt für unsere Baugebiete in der Stadt skurrile Züge an. So erreichte mich zu Weihnachten ein Schriftsatz der Region Hannover, der im Übrigen nur die naturschutzrechtliche Weisung der zuständigen Landesbehörde weitergab, mit folgendem Inhalt:

„Eine derzeit von der Region Hannover beauftragte Kartierung von Feldhamstervorkommen lässt aufgrund der inzwischen festgestellten Funde den Schluss zu, das der gesamte Bördebereich in der Region Hannover als Hamsterverbreitungsgebiet zu werten ist, auch wenn keine aktuellen Nachweise vorliegen. Es wird in diesem Zusammenhang vom Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NKWKN) ausdrücklich empfohlen, bei allen Eingriffen in diesem Gebiet eine Kartierung auf Feldhamster-vorkommen durchführen zu lassen.“

Die Bürokratie in diesem Bereich kennt offensichtlich kein Halten mehr. Uns überrascht das Vorgehen des Niedersächsischen Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, das wiederum im Widerspruch dazu steht, im Land Niedersachsen Bürokratie abzubauen. Ich kann diesen Bürokratieabbau, insbesondere in der Naturschutzverwaltung, überhaupt nicht erkennen, sondern stelle fest, dass Bürokratie zunimmt und sich zu einem großen Ärgernis für das gesamte Land auswächst. Auch die völlig überzogenen Vorgaben aus Brüssel spielen hier eine besondere Rolle. Die Leine-Zeitung hat schon recht: Wer regiert hier, die Politik oder doch die Sachbearbeiter als Vollzugsorgan einer unheimlich gewordenen Bürokratie?

Trotz der Untersuchung, den eigentlich in unserer Stadt nicht existierenden Feldhamster noch einmal zu dokumentieren, weisen wir weiterhin einige Gewerbe- und Baugebiete aus. Allerdings scheint das Ende absehbar. In einer von uns in Auftrag gegebenen Studie über die Prognose zur Einwohnerentwicklung und Infrastrukturbedarf mit Wohnungsmarktabschätzung vom Juli 2006 stellt das Institut Analyse und Konzepte fest, dass insgesamt die Nachfrage nach Baugebieten in den nächsten Jahren zurück gehen wird und ab dem Jahre 2020 eigentlich keine Neubaugebiete mehr ausgewiesen werden müssten.

Durch den demografischen Wandel wäre ausreichend Altbestand vorhanden, der die Nachfrage in den nächsten Jahren decken würde. In der Tat hatten wir bislang die junge Familie mit kleinen Kindern im Auge, so existiert diese Klientel kaum noch. Junge Familien haben zurzeit auch gar nicht das Geld, entsprechende Neubauten zu realisieren. Das Risiko des finanziellen Scheiterns angesichts des geringen Wachstums erscheint vielen zu hoch – im Übrigen kostet die Familie immer mehr Geld, so dass der Einfamilien-Hausbau in weite Ferne zu rücken scheint. Eine neue Bevölkerungsschicht macht sich auf, nach Baugrundstücken nachzufragen: Das ist die Generation 50 plus – also Ehepaare, die feststellen, dass nach dem Auszug ihrer Kinder die Häuser zu groß geworden sind und deshalb kleinere Wohneinheiten nachfragen. Auch sollen diese Wohneinheiten möglichst behindertengerecht ausgestattet sein, damit man, was sehr verständlich ist, auch im Alter nicht wiederum das Wohnquartier wechseln muss. Es ist im Übrigen eine Generation, die durchaus noch finanzielle Möglichkeiten hat, aber auch feststellen wird, dass ihre alten Häuser, die sie dann zum Verkauf anbieten, sich einem gnadenlosen Wettbewerb stellen müssen. Auch in Wunstorf wird es so sein, dass die Preise der Altimmobilien fallen werden, da in absehbarer Zeit das Angebot an Immobilien größer sein wird als die Nachfrage. Auch dieses Problem wird die Stadt Wunstorf beschäftigen und wir werden Konzepte entwickeln, um auf diese neue Situation zu reagieren.

Der demografische Wandel ist in vielen Bereichen bereits jetzt schon spürbar.

Letztes Wochenende konnten wir in der HAZ nachlesen, dass wir Deutsche immer schneller weniger werden – im Jahre 2006 um 130.000 Menschen. Auch Wunstorf hat bereits eigene Untersuchungen dazu angestellt und wird im Februar 2007 eine Studie der Politik und Interessierten vorstellen. Die Diskussion um die Einrichtung eines zweiten Gymnasiums in Steinhude muss

auch unter diesem Aspekt geführt werden. Auch wenn wir zurzeit noch einen Schülerberg vor uns her schieben, werden wir feststellen, dass dieser sich kurz- bis mittelfristig auflösen wird und wir vielleicht dann sogar zuviel Schulraum in dieser Stadt vorrätig haben. Die Diskussion um ein zweites Gymnasium in Steinhude ist auch nur deshalb entstanden, da der Trend, sein Kind zum Gymnasium zu schicken, ungebrochen scheint. Dabei habe ich die Sorge, dass sich die Qualität des Gymnasiums, auch hier in Wunstorf, dramatisch ändern wird. Viele Eltern akzeptieren nicht die Empfehlungen der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer, sondern schicken ihr Kind auf jeden Fall auf das Gymnasium. Dieses hat z. B. zur Folge, dass wir auch zahlreiche Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulempfehlung in den 5. Klassen in das Gymnasium eingeschult haben. Wenn nun jemand glaubt, dass im hohen Maße gerade diese Schülerschar kurzfristig wiederum auf die Realschule oder Hauptschule wechselt, irrt sich. Es gibt hier offensichtlich nur eine Einbahnstraße.

Der Wechsel von dem Gymnasium zur Real- oder vielleicht sogar zur Hauptschule ist die völlige Ausnahme. Sie gibt es in der Praxis kaum. Hinzu kommt, dass die Schulinspektion, die neulich auch das Hölty-Gymnasium hier in Wunstorf besuchte – das sind die bestbezahlten Protokollführerinnen und Protokollführer, die das Land vorhält, meine Damen, meine Herren – zum Ergebnis kommt, dass das Gymnasium die schwächeren Schülerinnen und Schüler vielmehr fördern muss, damit sie das Klassenziel erreichen. Das heißt, dass von der Schulaufsicht gerade auch gewünscht wird, dass diese Schülerinnen und Schüler eben nicht zu einer anderen Schule wechseln. Was bedeutet dieses?

Die jetzige Landesregierung, die vehement die integrierte Gesamtschule ablehnt, ist dabei, faktisch unter dem Begriff Gymnasium die integrierte Gesamtschule gesellschaftsfähig zu machen. Nur ist diese Art von Gesamtschule schlecht, da eine Differenzierung dort nicht vorgenommen wird. Uns als Schulträger würde es erleichtern, wenn man in Schulzentren wie in Steinhude die Möglichkeit erhalten würde, zumindest kooperative Gesamtschulen einzuführen, um das sich praktisch stellende Problem besser abzufedern. Die andere Alternative wäre, man würde, wie in allen anderen Bundesländern der Bundesrepublik, den Elternwillen nicht wie bisher völlig freigeben. Offensichtlich ist dazu die Landesregierung nicht bereit, mit der Folge, dass wir nunmehr diese Schwierigkeiten in der Lenkung der Schülerströme haben.

Die Forderung, einen Neubau für ein Gymnasium in Steinhude zu errichten, ist deshalb völlig fehl am Platz, da wir bereits die Zahlen der Kinder kennen, die im Jahre 2015 weiterführende Schulen besuchen. Nur insgesamt 5 Klassen könnten wir dann einrichten, unter der Voraussetzung, dass weiterhin über 50 % eines Jahrgangs das Gymnasium besucht. Eine Entscheidung über dieses Grundsatzproblem wird spätestens im März 2007 fallen. Die Diskussionen werden Sie weiterhin in den Medien verfolgen können.

Die wirtschaftliche Situation scheint sich unter der Großen Koalition in Berlin grundlegend zu bessern. Auf jeden Fall geht es auch anderen Städten etwas besser als in den letzten Jahren. Wunstorf hat durch seinen Kurs in der Vergangenheit jetzt einen großen Vorteil, da wir keinerlei Defizite aus dem Verwaltungshaushalt abtragen müssen. Andererseits – und das wünsche ich mir für 2007 – darf man den Haushalt auch in den nächsten Jahren nicht überbeanspruchen. Viele Wünsche werden uns zurzeit vorgetragen: Neues Gymnasium, teurer, architektonisch reizvoller Mensa-Anbau, breite Brücke über die Barnestraße, um den innerstädtischen Verkehr zu optimieren, Rettung eines Ackerbürgerhauses in der Innenstadt oder Sanierung des Alten Marktes. Viele Punkte sind wünschenswert, vielleicht sogar notwendig – ich denke z. B. an das Ackerbürgerhaus -, aber eine Finanzierung durch die Stadt ist kaum möglich. Wir dürfen die finanzielle Leis-

tungsfähigkeit nicht überstrapazieren, da – und dies gilt seit Jahren – wir insgesamt weiterhin über unsere Verhältnisse leben.

Sowohl Bund als auch Land nehmen trotz der verbesserten Zahlen weiterhin mehr Schulden auf als sie tilgen. Jedes Jahr sprechen wir von Neuverschuldung, also von Aufnahme weiterer Schulden. Von einer Trendumkehr ist insofern noch nicht zu sprechen. In Wunstorf bemühen wir uns gerade, mit den Jahren Schulden abzubauen und auf eine Neuverschuldung zu verzichten. Dieses schmälert natürlich auch den Raum für Investitionen und nur diese Spanne für Investitionen bleibt uns, um weitere Projekte zu realisieren. Dabei dürfte die Stadt mehr die Bildung und den sozialen Sektor im Fokus haben. Gerade im Ausbau von weiteren Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren in den Kindertagesstätten sind wir gefordert. Auch müssen wir intensiv zusammen mit der Wirtschaft einen Betriebskindergarten entwickeln, um hier auch die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie zu optimieren.

Alles in allem, meine Damen, meine Herren, hat sich die Stadt auch in diesem Jahr viel vorgenommen. Ich möchte allerdings auch auf ein Ereignis aufmerksam machen, zu dem ich Sie jetzt schon herzlich einlade. Am 6. Mai 1907 wurde das alte Rathaus zusammen mit der Stadtparkasse eingeweiht. Es war ein modernes Rathaus, was auch heute noch den Anforderungen einer modernen Stadtverwaltung durchaus genügt, wenn man all die Renovierungs- und Umbauarbeiten mit einbezieht. Im Mittelalter nutzte man das Gebäude des Ratskellers sowie das Gebäude links daneben als Rathaus. Durch den Eisenbahnbau und die Industrialisierung wurde erkannt, dass dieses Rathaus nicht mehr zeitgemäß war und man kaufte den Röbbingsturm, den man ab 1883 als Rathaus nutzte, der aber ebenfalls viel zu klein war. Deshalb entschied man sich für einen Neubau.

Am 12. Mai 2007 wollen wir an die 100 Jahre des Neubaus des Rathauses in der Südstraße erinnern und werden unter dem Motto „Verwaltung und Politik“ einen Tag der offenen Tür im Armin-Mandel-Hof veranstalten. Diese Veranstaltung soll zeigen, dass unsere Stadt, die im Augenblick durchaus weiter wächst, die Tradition pflegt und darauf hinweisen möchte, dass sie nach der Verleihung des Stadtrechts 1261 bis heute eine beeindruckende und interessante Geschichte aufzuweisen hat, an der man auch ablesen kann, dass es sich nach wie vor lohnt in Wunstorf zu leben.

Wunstorf ist im Jahre 2006 in den Medien häufig genannt worden: Sei es beim so genannten Sonntagsfahrverbot in der Sendung „Fakt“ in der ARD oder durch den Besuch von Frauke Ludwig - im Übrigen eine Urwunstorferin -.

Besonders mit Freude und Stolz hat uns erfüllt, dass im Kommunalwahlkampf zwei bedeutende Bundesminister Wunstorf besuchten: Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung. Solch ein Ereignis hat man nicht oft – auch nicht in der Region Hannover. Vielleicht ist dieses auch unseren beiden so engagierten Bundestagsabgeordneten, Caren Marks und Monika Brüning, zu verdanken, bei denen ich mich an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit bedanken möchte.

Viele Reformen hat sich die Stadtverwaltung zum 100-jährigen Jubiläum im Jahre 2007 vorgenommen - ich zähle sie nur schlagwortartig auf -:

1. Rauchverbot ab 01.01.2007,
2. schlankere Verwaltungsstruktur durch Einführung der kaufmännischen Buchführung,
3. Verkleinerung der Ratsarbeit durch Reduzierung der Ausschüsse,
4. Einrichtung von Tele-Arbeitsplätzen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
5. eine Vielzahl von neuen Programmen im Bereich der Datenverarbeitung,
6. kinder- und familienfreundliche Stadt,
7. Zertifizierung unserer Kläranlage,
8. Einführung von Leistungszulagen,
9. verbindliche Einführung von Mitarbeiter-Jahresgesprächen,
10. Ausarbeitung und Umsetzung von Konzepten, um Mittel aus dem EU-Strukturfondsförderung (so genannte EFRE-Förderung) zu erhalten.

Abschließend wünsche ich Ihnen allen ein frohes und erfolgreiches neues Jahr. Ich bin mir sicher, dass der Optimismus, der zurzeit, quasi nach der Fußball-Weltmeisterschaft, überall zu spüren ist, noch lange anhalten wird.

Meine kleine Ansprache möchte ich beenden mit einem Neujahrswunsch eines echten und bedeutenden Niedersachsen, Wilhelm Busch, der 2007 den 175. Geburtstag begehen würde und vor 100 Jahren starb:

*„Will das Glück nach seinem Sinn
Dir was Gutes schenken,
sage Dank und nimm es hin
ohne viel Bedenken.
Jede Gabe sei begrüßt,
doch vor allen Dingen:
DAS, WORUM DU DICH BEMÜHST, MÖGE DIR GELINGEN.“*

Wunstorf, 12. Januar 2007

Rolf-Axel Eberhardt
Bürgermeister